

## Pressemitteilung

Landesfrauenrat Hamburg e.V.  
Hamburg, den 22.01.2020  
Nr. 01

Landesfrauenrat Hamburg e.V.  
Grindelallee 43 (Sauerberghof)  
20146 Hamburg  
T: 040 4226070  
F: 040 4226080  
info@landesfrauenrat-hamburg.de  
www.landesfrauenrat-hamburg.de

### **Hammonias Töchter fragen nach „Feminismus ist aktueller denn je“**

Der Landesfrauenrat Hamburg veranstaltet vor den Wahlen traditionell eine Fragerunde mit Spitzenkandidatinnen. „Hammonias Töchter fragen nach“ in Vorbereitung auf die Bürgerschaftswahl fand am 20. Januar 2020, in Kooperation mit dem Deutschen Juristinnenbund/Hamburg statt. Thema war die Hamburger Gleichstellungspolitik, besonders die Felder Paritätsgesetz und Gewalt gegen Frauen.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Dana Valentiner (1. Vorsitzende djB Hamburg). Ihr standen Rede und Antwort Cansu Özdemir (MdHB, DIE LINKE), Carola Veit (Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, SPD), Franziska Hoppermann (Vorsitzende der Frauen-Union Hamburg, CDU), Mareike Engels (MdHB, DIE GRÜNEN) und Ria Schröder (Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, FDP).

In ihrer Begrüßungsrede betonte Cornelia Creischer (1. Vorsitzende Landesfrauenrat Hamburg) die Wichtigkeit von Wahlen und appellierte insbesondere an die Frauen, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Sie begrüßte politische Fortschritte der letzten Monate, wie z.B. den Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft zur Einführung eines Geschlechtergerechten Haushalts. Frau Creischer übte zugleich scharfe Kritik, daran, dass Gleichstellungspolitik bisher im Wahlkampf, in den Wahl- bzw. Regierungsprogrammen der Parteien und der Medienberichterstattung kaum eine Rolle spielt.

Alle befragten Kandidatinnen betonten, dass Gleichstellung als Querschnittsthema stets mitzudenken sei; dass die Perspektiven von Frauen und Männern in unterschiedlichen Politikfeldern wie Wohnen, Armut oder Mobilität berücksichtigt werden müssen. Wir fordern die Umsetzung dieses Versprechens nach der Wahl ein: Die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe muss in Hamburg stärker verankert werden. Dafür bedarf es weiterhin eines eigenständigen, aber besser ausgestatteten Ressorts oder Amtes. Zusätzlich muss das Thema in den einzelnen Fachbehörden gespiegelt werden.

In der Diskussion um das Thema Gewalt gegen Frauen waren sich die Politikerinnen einig, dass Ausbau und Finanzierung der Frauenhäuser in Hamburg sichergestellt werden müssen. Zusätzlich sprachen sie sich für weitere Sensibilisierungsmaßnahmen, z.B. der Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie für Präventionsmaßnahmen, u.a. im Bildungsbereich aus. Hier müssen den Worten dringend Taten folgen.

Schließlich war der geringe Anteil von Frauen in Bürgerschaft und Bezirksversammlungen Gegenstand der Diskussion. Während sich SPD, Grüne und Die Linke für ein Paritätsgesetz aussprachen, meldeten CDU und FDP vor dem Hintergrund der in Brandenburg anhängigen Verfahren verfassungsrechtliche Bedenken an. Wir sind überzeugt: Hamburg muss hier anderen Bundesländern wie Thüringen und Brandenburg dringend folgen!

V.i.S.d.P. Landesfrauenrat Hamburg e.V.  
Vorstand Pressekontakt: Carmen Zakrzewski  
E-Mail: presse@landesfrauenrat-hamburg.de  
Vorstand